

Weniger Geld für Frauenberatungsstelle? Rat entscheidet

Marl. Die Frauenberatungsstellen im Kreis bekommen eine Finanzspritze. Die Beratungsstelle in Marl steht nun aber schlechter da als zuvor, sagen die Verantwortlichen.

Von Theresa Breuer

Die Frauenberatungsstellen sind es gewohnt, unterfinanziert zu arbeiten. Frauen in akuten Notsituationen können aber oft nicht warten, ob Zuschüsse und Fördermittel genehmigt werden. Das Tagesgeschäft läuft weiter. So auch in der Frauenberatungsstelle in Marl.

Das sieht so aus: Sie habe eine aufgelöste Frau am Telefon, die allein der Anruf schon große Überwindung kostet, berichtet die Verwaltungskraft der Frauenberatungsstelle. Sie ist erste Ansprechpartnerin, muss Hilfe und das weitere Vorgehen organisieren für Frauen in Not. Und sie muss die richtigen Worte finden. Schon jetzt hat sie eine Teilzeitstelle, die nun weiter gekürzt werden könnte. Denn es gibt eine grundlegende Änderung bei der Finanzierung der Beratungsstelle.

Land trägt Großteil der Förderung

Der Kreis bezuschusst nun die Frauenberatungsstellen im Kreis RE. Was sich zunächst erfreulich anhört und eigentlich Existenzsorgen beenden sollte, bedeute in letzter Konsequenz für die Marler Beratungsstelle erst einmal einen Rückschritt. Sie muss unter dem Strich mit 19.000 Euro weniger auskommen, sagen Petra Kläser und Gabriele Wiese-Kowalzik vom Verein Frauen helfen Frauen e. V., der die Frauenberatungsstelle in Marl unterhält. Das Land trägt zwar weiterhin den Löwenanteil, nämlich 85 Prozent der Kosten für die Beratungsstelle.

Ein Beschluss von November 2024 sieht eine Aufstockung der Gelder durch den Kreis um zehn Prozent für die Beratungsstelle in Marl vor. Für den Verein ergibt sich daraus eine Finanzierungslücke. Die bestehende Leistungsvereinbarung zwischen Stadt und Verein war zum Jahresende gekündigt worden. Eine neue soll nun am 3. Juli 2025 im Rat beschlossen werden.

35.000 Euro soll der Verein

für seine Beratungsstelle jährlich erhalten, plus eine einmalige Förderung für die vor Vertragsbeginn erbrachten Leistungen in Höhe von 17.500 Euro für das erste Halbjahr. Die Leistungsvereinbarung sei das, was angesichts der Marler Haushaltslage überhaupt möglich war, erklärt Petra Kläser.

Im Sozialausschuss fiel die Abstimmung einstimmig für die Beschlussvorlage aus, mit zwei Enthaltungen aus den Reihen der CDU. Im Haupt- und Finanzausschuss stimmten CDU-Vertreter dann gegen den Beschluss. Hat diese Ablehnung mit einer vorangegangenen Diskussion um ungenutzte und zurückgezahlte Fördergelder der Beratungsstelle im vergangenen Jahr zu tun? Die SPD-Ratsfrau Petra Kläser jedenfalls wäht die Kollegen der CDU im Wahlkampfmodus.

Jennifer Ammersilge, die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende, dagegen ist begeistert von der Finanzierungslösung über den Kreis. Sie legt die gestaffelten Zuschüsse des Kreises für die Marler Frauenberatungsstelle bei ihrer Bewertung zugrunde - von 78.341 Euro in 2025 bis 95.530 Euro im Jahr 2027. „Das ist mehr als die Stadt gezahlt hat.“ Zuletzt waren das 74.400 Euro pro Jahr. Parteipolitische Interessen seien nicht ursächlich für die Gegenstimmen im Ausschuss. Die CDU wolle dem Verein keine Gelder vorenthalten, aber: Es gebe noch mehr Hilfsorganisationen in Marl, die Unterstützung brauchten.

Kürzungen bei Personal und Öffnungszeiten

Die Vereinsvorsitzenden sind besorgt. Selbst mit einem positiven Beschluss im Rat wird es Einschnitte geben in der Beratungsstelle: Kürzungen beim Stundenvolumen der Verwaltungskraft. Eine Reinigungskraft kann nicht mehr finanziert werden, genauso wenig zusätzliche Stunden für die Fachstelle. Die Öffnungszeiten wurden schon eingeschränkt. „Es ist nicht einfacher, auch nicht gleichbleibend, sondern schlechter geworden“, resümieren die beiden Frauen. Die Krux: Die Zahlen von häuslicher Gewalt würden steigen, die Arbeit für die Beratungsstellen wächst, aber: „Wir müssen um jeden Euro kämpfen.“



Die beiden Vorsitzenden des Vereins Frauen helfen Frauen, Petra Kläser (l.) und Gabriele Wiese-Kowalzik (r.), und Beraterin Karin Gottwald kennen herausfordernde Situationen in der Beratungsstelle, aber auch bei Finanzierungsfragen.

FOTO THERESA BREUER